Sand, Kies, Konflikte

Sandabbau hier, Sandabbau dort. Und doch ist die Situation in Schaafheim (Landkreis Darmstadt-Dieburg) anders gelagert als am Langener Waldsee, wo Waldbesetzer:innen derzeit dagegen protestieren, dass der Bannwald für die Ausdehnung des Tagebaus abgeholzt wird, wo die Stadt Langen durch einen Pachtvertrag vom Sandabbau profitiert. In Schaafheim dagegen hat sich die Gemeinde genauso wie der BUND Hessen und der Privateigentümer eines dortigen Grundstücks gegen die Ausdehnung der Schaafheimer Sand- und Kiesgrube ausgesprochen und ist vor den Hessischen Verwaltungsgerichtshof in Kassel gezogen. Aus gutem Grund: Die genehmigte Erweiterung für das Privatunternehmen hat eine Tragweite für ganz Südhessen und sogar Relevanz für ganz Deutschland.

Der BUND und der Grundstückseigentümer klagen in einer Klagegemeinschaft gegen das Regierungspräsidium (RP) Darmstadt, die Gemeinde Schaafheim hat eine eigene Klage verfasst. Das RP hatte im Frühjahr den Planfeststellungsbeschluss, also die Baugenehmigung, für den Abbau von Quarzsand auf 10,6 Hektar erlassen – gegen den Beschluss der Gemeinde, die ihre Grundstücke im Erweiterungsgebiet nicht verkaufen will. Sie hatte wie auch der Grundstückseigentümer beim RP eine entsprechende Stellungnahme abgegeben. Sabine Schwöbel-Lehmann von der Bürgerinitiative (BI) Schaafheim spricht von „Enteignung“, die bergrechtlich „Zulegung“ genannt wird.

Sand ist weltweit ein begehrter Rohstoff, mit dem sich mittlerweile ordentlich Kies, Pardon, Geld machen lässt. PANTHERMEDIA

Gut zehn Hektar mit enormer Tragweite

In Schaafheim wird nach Meinung einer Bürgerinitiative mit der Erweiterung der Abbaufläche für Quarzsand ein Präzedenzfall für Deutschland geschaffen

Von Annette Schlegl

Dass das RP so handeln kann, liegt am Bergrecht. „Das Bergrecht steht über allem“, erklärt die Expertin für Bergrecht des BUND Hessen. Soll heißen: Dem Abbau von Bodenschätzen werden in Deutschland Sonderprivilegien eingeräumt, die ihn über Grundrechte der Menschen, über Umwelt- und Naturschutz sowie über Wasserschutz stellen. „Es gab aber immer die Trennung von grundeigenen Rohstoffen und bergfreien Rohstoffen“, sagt sie. Grundeigene Rohstoffe gehören zum Grundstück, sind Eigentum des Grundeigentümers. Baurohstoffe wie Sand und Kies zählen dazu. Bergfreie Rohstoffe dagegen sind volkswirtschaftlich besonders wertvolle Bodenschätze wie Erze oder Kohle, die dem Grundstückseigentum entzogen sind, weil sie dem Gemeinwohl dienen.

BUND sieht Verstoß gegen das Grundgesetz

„Sand und Kies sind Massenrohstoff. Wenn der Eigentümer eines entsprechenden Grundstücks nun von der Behörde enteignet wird, dann macht man durch die Hintertür Sand und Kies zu bergfreien Rohstoffen“, sagt Schwöbel-Lehmann und erklärt, das verstoße gegen Paragraf 14 des Grundgesetzes, der das Eigentum schützt. Sie warnt: Der Sandabbau in Schaafheim werde zu einer Blaupause für andere Enteignungsverfahren und Tagebau-Projekte an anderen Orten.

Geht es den Bewohner:innen von Schaafheim so wie den Menschen in Lützerath, dass sich Bagger vor ihren Augen metertief in den Boden graben? Drohen der Region Zustände wie im Braunkohleabbau? Das Bergamt beim RP Darmstadt hat der Höfling GmbH den neuen Rahmenbetriebsplan jedenfalls genehmigt, hat in seinem Bescheid sogar den Sofortvollzug angeordnet. Die beim Verwaltungsgerichtshof anhängigen Klagen haben keine aufschiebende Wirkung, das Abbauunternehmen darf seinen Tagebau damit nun sofort um 10,6 Hektar in Richtung Westen und Süden erweitern. Außerdem darf die Firma Höfling mehr Sand und Kies abbauen: Statt derzeit 400 Tonnen nun 1000 Tonnen pro Tag. Auch die jährliche Abbaumenge wurde von erlaubten 110 000 Tonnen auf 200 000 Tonnen heraufgesetzt. Die Rohstoffgewinnung ist bis Ende 2035 zugelassen, bis Ende 2047 hat das Unternehmen Zeit, den Erweiterungsbereich wieder zu verfüllen.

Die Vorbehaltsfläche sei sogar noch viel größer, sagt Schwöbel-Lehmann. „150 bis 200 Hektar“, schätzt sie. Die Bagger würden deutlich näher ans Siedlungsgebiet heranrücken. „Möglicherweise bis auf fünf Meter zur Wohnbebauung“, sagt sie. Für die Bevölkerung heiße das: Staubwolken, Lärm und Dreck. Und Quarzstaub sei auch noch karzinogen. Es gebe an die 20 Kiesseen im Umkreis von 20 Kilometern, so Schwöbel-Lehmann. Alle örtlichen Parteien seien sich schon 2020 einig gewesen, dass keine Erweiterung der Sandabbaufläche gewünscht und möglich ist. Für die Gemeinde würden außer landwirtschaftlichen Grundstücken auch noch Wege wegfallen, die für den Brandschutz des Waldes wichtig sind. Notwendig ist die Erweiterung so nahe der Wohnbebauung zu zwei Orten nach Meinung der Expertin nicht – die Flächen grenzen nämlich auch direkt an den Ortsteil Ringheim, der zu Großostheim gehört. Auch die Regionalversammlung habe die Erweiterungspläne schon 2020 abgelehnt, doch das RP setze sich nun über deren Willen hinweg.

Von dort heißt es auf FR-Nachfrage, die Unterlagen seien nach einer Umweltverträglichkeitsprüfung bis Ende Februar öffentlich ausgelegt und die Stellungnahmen der Behörden und Kommunen seien geprüft worden. Der Planfeststellungsbeschluss habe detaillierte Ausführungen zu den ablehnenden Stellungnahmen enthalten, um diese nachvollziehbar zu machen. Er wurde aufgrund der Einwände mit Nebenbestimmungen ergänzt – unter anderem wurden die erlaubten Geräuschimmissionen heruntergesetzt und eine bodenkundliche Baubegleitung wurde für die Verfüllung vorgeschrieben. Die Einwände konnten die Erweiterungspläne der Firma Höfling aber nicht stoppen. „Die Regionalversammlung als Organ der kommunalen Selbstverwaltung wird entmachtet“, empört sich Schwöbel-Lehmann. „Die Behörde, also das Regierungspräsidium, hört nicht auf die Politik. Das ist gefährlich.“ In Schaafheim würden Tatsachen und Rechte geschaffen, „die bis in die zweite Hälfte dieses Jahrhunderts alle Planungsmöglichkeiten im Rhein-Main-Gebiet bestimmen“.

Das Kieswerk in Schaafheim habe einst die kleine, regionale Versorgung mit Sand und Kies im Blick gehabt. 40 Jahre lang seien „um die vier Hektar“ abgebaut worden. Sogar beim Bauboom der 1970er und 90er Jahre sei man mit einem Bruchteil der Abbauflächen ausgekommen. Jetzt sei die Firma Höfling gierig geworden, weil auf dem Weltmarkt bis zu 140 Euro statt früher zehn bis zwölf Euro pro Tonne Quarzsand gezahlt werden. Sogar der Bau einer Hafenanlage zur Verschiffung des Sands sei geplant, die Höfling ERT Hafen GmbH gebe es schon. „Bisher hieß es, der Transport von Sand lohnt sich nur im Umkreis von 35 Kilometern“, sagt Schwöbel-Lehmann. „Jetzt geht es extrem um Macht und Geld.“ Am Freitag hat sie mit weiteren BI-Mitgliedern ein Bürgerbegehren unter dem Titel „Nein zu Verkauf, Tausch oder Verpachtung von Gemeindegrundstücken für den Sandabbau“ gestartet.

Wann es zu einer Entscheidung in den beiden Klageverfahren kommt, sei derzeit noch nicht absehbar, schreibt der Hessische Verwaltungsgerichtshof auf FR-Nachfrage. Eilverfahren seien jedoch nicht anhängig.

Das Abbauunternehmen Höfling äußerte sich gegenüber der FR nicht – trotz Bitte um Stellungnahme.

DOKUMENTARFILM

„Knirschendes Gold“ – Kies frisst Wald“ heißt ein 70-minütiger Dokumentarfilm, den die Umweltaktivistin Sabine Schwöbel-Lehmann zusammen mit dem Filmemacher Valentin Boczkowski produziert hat.

Der Film beleuchtet die Schattenseiten des Kiesabbaus für Natur und Menschen anhand konkreter Beispiele in Schaafheim, Babenhausen und Langen.

Ein Trailer ist auf Youtube unter Knirschendes Gold-Doku abrufbar: youtube.com/watch?v=06Bvy7ovmRU

Die aktuellen Vorführtermine sind auf www.bi-schaafheim.de ersichtlich. ann

Wieso uns der Sand ausgeht

Die FR beantwortet Fragen zum Rohstoff

6,8
MILLIONEN TONNEN

Quarzsand und -kies wurden 2021 in Hessen gefördert, gut zwei Fünftel davon laut RP Darmstadt in Südhessen. Dies war der höchste Wert der letzten fünf Jahre.

Dieses oder jenes gibt es wie Sand am Meer. Gilt das alte Sprichwort eigentlich noch?
Es bleibt zwar dabei, dass die einzelnen Sandkörner nie jemand zählen wird. Richtig ist aber auch: Zumindest in Teilen der Welt geht der Sand aus. Nach Süßwasser ist Sand der am meisten gebrauchte Rohstoff weltweit, wie Dirk Hebel, Professor für Entwerfen und Nachhaltiges Bauen am Karlsruher Institut für Technologie, erklärt.

Wofür wird Sand benötigt?
In erster Linie zum Bauen. In Beton ist außer Zement und Kies eben auch Sand enthalten. Außerdem findet sich der Stoff in Zahncreme oder in Kosmetika.

In Deutschland wird derzeit aber nicht besonders viel gebaut. Warum soll trotzdem mehr von dem Rohstoff abgebaut werden?
Weltweit ist Beton derzeit außerordentlich begehrt. Und damit auch Sand.

Was sind die Folgen?
Es gibt einen regelrechten Raubbau. Gerade in Nordafrika wird illegal Sand abgebaut. Lastwagen bringen Ladung um Ladung von den Stränden weg.

In welchen Gegenden ist der Raubbau besonders problematisch?
Überall dort, wo es Inselgruppen gibt. Der Sand wird nämlich nicht nur von Stränden abtransportiert, sondern auch vom Meeresboden abgesaugt. Dadurch geraten kleinere Inseln ins Rutschen. Wie Dirk Hebel berichtet, hat Indonesien auf diese Art schon mehr als 80 Inseln verloren.

Warum nimmt man nicht den Sand aus der Wüste?
Weil er sich für den Bau nicht eignet. Für Beton braucht es unterschiedliche Korngrößen. Wüstensand hat eine sehr gleichmäßige Körnung, außerdem sind die Körner sehr rund. Wenn man diesen Sand nutzen will, braucht man sehr viel teuren Zement, um den Beton herzustellen.

Also werden wir außerhalb von Wüsten bald keinen Sand mehr haben?
Nein, es gibt große natürliche Vorkommen, die in Naturschutzgebieten liegen. Oft unter Städten. Die dürfen nicht abgebaut werden. Wobei die Diskussion über Sandabbau durchaus intensiv geführt werden dürfte.

Heißt das, dass wir bald keinen Sand als Baustoff mehr nutzen können?
Sand lässt sich importieren. Allerdings zu hohen Kosten und mit einer furchtbaren CO_2-Bilanz. Sinnvoller wäre, Sand zu recyceln. Das wird auch getan, etwa beim Abriss von Häusern. Im Moment ist das aber nicht einfach, weil beim Bau lange Zeit die einzelnen Stoffe miteinander verklebt wurden und kaum mehr nutzbar sind. Alternativ muss man versuchen, weniger Beton zu verwenden und zum Beispiel mehr Gebäude aus Holz zu bauen.

ZUSAMMENGESTELLT VON GEORG LEPPERT

Kampf um den Langener Wald

Protestcamp gegen Abbau, der laut Bundesverwaltungsgericht zulässig ist

VON JUTTA RIPPEGATHER

Wer gegen den Abbau von Sand und Kies kämpft, schadet dem Klima, sagt die Wirtschaft. Der BUND hingegen sagt: Der Raubbau lähmt die Forschung an Alternativen. Die Vorkommen an Sand und Kies seien endlich. Es sei höchste Zeit, Techniken zum Baustoffrecycling zu entwickeln.

Quarzsand und Kies sind begehrt. Und ein politischer Dauerbrenner, der in Hessen speziell das einstige Überschwemmungsgebiet des Rheins beschäftigt. Die Gesamtfördermenge in Hessen lag im Jahr 2022 bei mehr als fünf Millionen Tonnen. Die Hälfte davon im Süden des Landes, dem Bereich des Regierungspräsidiums Darmstadt mit dem Ballungsraum Rhein-Main.

Rodung mit Rückendeckung

Dieser Tage brach der Konflikt einmal mehr auf. Das Bündnis „Wald statt Asphalt“ teilte mit, es habe den Langener Bannwald besetzt, um ihn vor weiteren drohenden Rodungen zu schützen. „In den letzten Jahren fielen bereits 30 Hektar des Waldes Rodungen für den Kies- und Sandabbau der Firma Sehring zum Opfer“, so das Bündnis, das sich vor vier Jahren in Mittelhessen im Kampf um den Dannenröder Forst formiert hat. „Die Planungen über die Erweiterung der Kiesgruben und zu weiteren Fällungen auf über 60 Hektar laufen bereits. Das Ganze passiert mit Rückendeckung der Politik, die dafür immer neue Fällungsgenehmigungen erteilt.“

Ein Kampf mit wenig Aussicht auf Erfolg. Jahrelang hat der BUND Hessen sich bemüht, mit juristischen Mitteln die Expansionspläne der Firma Sehring zu verhindern, auf die rund ein Viertel der Förderung in Südhessen fällt. In mehreren Instanzen klagte er gegen die Aufhebung des Bannwald-Status. 2022 entschied das Bundesverwaltungsgericht Leipzig endgültig, dass die Genehmigung und die Zulassungen für die Firma rechtmäßig sind.

Die große Hoffnung liegt auf der vor drei Jahren von der damaligen schwarz-grünen Landesregierung initiierten Gesetzesnovelle. Demnach sollen sogenannte Vorranggebiete für den Abbau oberflächennaher Lagerstätten nicht mehr in Bannwäldern ausgewiesen werden. Schon jetzt seien im Rhein-Main-Gebiet lediglich „Restbestände größerer, zusammenhängender Waldgebiete“ übrig. „Mit herausragender Bedeutung“ für die Erholung und den Schutz der Bevölkerung vor Emissionen von Flughafen und Autobahnen.“ Eine Gesetzesveränderung, die nur in der Zukunft wirkt, wie die damalige Umweltministerin von den Grünen, Priska Hinz, ausdrücklich betonte. „Es gibt Vertrauensschutz.“ Die umstrittenen Abbauaktivitäten der Firma Sehring in Langen blieben von der Novelle unberührt, so wie alle Vorhaben, die zu dieser Zeit in der Genehmigung oder schon genehmigt waren.

Widerspruch aus Wirtschaft

Maßgeblich beteiligt an der Novelle war der BUND. Dabei musste er so manche Kompromisse eingehen. Etwa die Ausnahme für Aus- oder Neubau von Schienenverkehrsinfrastruktur oder für Radwege für den Alltagsverkehr. Die Verkehrswende fordern und sich dem Ausbau umweltfreundlicher Alternativen zum Auto verschließen – das wäre ein Widerspruch.

Genau dies unterstellt die Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände (VhU) dem BUND. Und nicht alleine das. Sie wirft den Verband in einen Topf mit den Leuten, die für den Langener Wald die Parole „Bunny bleibt“ ausgerufen haben.

Die Proteste seien „ökologischer Nonsens“. Transporte von weit her wesentlich schlechter für Umwelt und Klima, urteilt Hauptgeschäftsführer Dirk Pollert. Eine „dynamische Wirtschaftsregion“ wie Hessen brauche große Mengen an mineralischen Rohstoffen, die Menschen bezahlbaren Wohnraum. Die Deutsche Bahn benötige Hunderttausende Tonnen an Rohstoffen für den geplanten Fernbahntunnel in Frankfurt, den auch die Umweltverbände wollten. „Wollen der BUND und die Aktivisten im Protestcamp den Sand und Kies von weit weg herholen?“ Für Pollert ist das Protestcamp illegal. „Die erneute Eskalation bewegt sich außerhalb unserer demokratischen und rechtsstaatlichen Spielregeln und sollte sofort beendet werden.“

Am Samstag demonstrierten in Langen rund 100 Menschen gegen Kiesabbau und Rodungen. JUSTUS DIETSCHE

BANNWALD

Vorläufer war der Wildbann Dreieich, in dem der Adel Hochwild jagen konnte. In den 70er Jahren tauchte der Name wieder auf. Nachdem im expandierenden Rhein-Main-Gebiet viele Bäume gefallen waren, wurde der Wert des Waldes zur Erholung wiederentdeckt.

Der Bau der Startbahn-West in den 80er Jahren war verbunden mit dem politischen Versprechen, dass es keinen weiteren Flughafenausbau mehr gibt. Die nächste Erweiterung kam mit der Nordwestlandebahn. Der Bannwald kam ins Forstgesetz.

Die Gesetzesnovelle hat das Aufheben des Bannwaldschutzgesetzes erschwert. Erlaubt ist es bei Gefahren für die öffentliche Sicherheit, zur „Rohstoffgewinnung von überregionaler Bedeutung, sofern die Rohstoffe nicht anderorts zu gewinnen sind“. Oder den Aus- oder Neubau von Schienenverkehrsinfrastruktur. jur